

Deutschland 4.0

Industrie 4.0 und Verwaltung 4.0 als Herausforderung der Digitalen Agenda 2020

(BS/Wilfried Kruse/Frank Hogrebe*) “Industrie 4.0” endet nicht an den eigenen Werkstoren! “Made in Germany” – unsere Wohlstandsmarke und Zukunftschance im globalen Wettbewerb – braucht auch die “Verwaltung 4.0”, weil die öffentliche Verwaltung nicht nur den Wertschöpfungsrahmen für die deutsche Wirtschaft, für “Industrie 4.0”, garantieren muss, sondern weil sie mit ihren vielen wirtschaftsaffinen Dienstleistungen und Infrastrukturen auch ein bedeutender externer Produktionskostenfaktor am Standort Deutschland für die Unternehmen im weltweiten Konkurrenzdruck ist – den es zu reduzieren gilt.

Die bisherige “Inselmodernisierung” der öffentlichen Verwaltung braucht eine vergleichbare 4.0-Leitmarke auf Augenhöhe, um tradierte Grenzen, Denk- und Handlungsrouninen im Gesamtkonzept zu überwinden: Mit dem Begriff “Verwaltung 4.0” ist das im zurückliegenden Jahr schon an vielen Stellen, vielen innovativen Akteuren/-innen deutlich geworden; der Begriff hat sich mittlerweile etabliert.

Mit der aktuell anstehenden Digitalen Agenda 2020 gibt es die neue und notwendige (letzte?) Chance, ein Reformprojekt für den Föderalen Staat nachhaltig und gesamtkonzeptionell zu zünden und zu betreiben: Deutschland 4.0

“Made in Germany” zukunftsfähig machen

Die deutsche Wirtschaft steht – wie die Volkswirtschaften der Industrie- und der Schwellenländer insgesamt – am Tor zur vierten industriellen Revolution. Reale und virtuelle Welt wachsen – durch das World Wide Web getrieben – immer weiter zum Internet der Dinge und der Dienste zusammen.

In der notwendigen und intelligenten Kopplung von Produktion und Dienstleistung, in neuen Formen von Kooperationen, auch Veränderungen der Arbeitswelten wird der Schlüssel zum nachhaltigen Gelingen von Industrie 4.0 liegen. Ohne konsequente, innovative Weiterentwicklung wird unser heutiger Qualitätsanspruch von “Made in Germany”, die Grundlage unseres Wohlstandes für unsere Kinder und Kindeskinde, nicht zu sichern sein. Wir können damit

nicht weiter abwarten, weil der Rückstand zu asiatischen und US-amerikanischen Technologie- und Produktentwicklungen noch größer werden würde, als er heute (leider) schon ist.

Die Spitzenakteure der Deutschen Wirtschaft, seien sie als Großkonzerne oder als “Hidden Champions” und Mittelständler im globalen Wettbewerb aktiv, die Spitzenverbände, BDI, VDI, ZVEI, VDMA und andere gehen die Zukunft im Internet jetzt offensiv an. Dabei kann die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen, ganz besonders mit ihren industrieaffinen Dienstleistungen, ihren zukünftigen internetbasierten, neuen Entwicklungschancen und ihrer Verantwortung für die öffentliche Infrastruktur nicht einfach nur zuschauen oder sich auf ihre Rolle des Rechtsstaatsgaranten beschränken (so notwendig sie natürlich ist und bleibt). Auch die Digitale Agenda muss die Ambitionen, den “Spirit” von Industrie 4.0 aufnehmen – das Internet der Dienste und der Dinge mit seinen immensen Potenzialen muss auch in der Verwaltung stattfinden.

Die “Industrie-4.0-Community” ist nach dem offiziellen Start auf der CeBIT 2013 mittlerweile – auch was den weiteren Forschungsbedarf angeht – hochaktiv. Die CeBIT 2014 hat das noch

einmal deutlich gezeigt. Mit der Korrespondenzinitiative Verwaltung 4.0 ist es nach einem Jahr jetzt ebenfalls gelungen, den Fokus aus der Industrie 4.0 auf die unverzichtbare Mitwirkung der öffentlichen Verwaltung auf Augenhöhe und mit vergleichbarem Anspruch im föderalen Bundesstaat zu befördern.

Verwaltung 4.0 jetzt auch im Fokus von Industrie 4.0

In der im März 2014 erschienen Publikation des BITKOM, “IT-Strategie – Digitale Agenda für Deutschland”, wird aktuell nicht mehr nur Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, sondern ausdrücklich die öffentliche Verwaltung adressiert – zu Recht und spätestens jetzt notwendig.

Es ist eben nicht nur die “Große Politik”, die notwendige Rahmen setzen muss, sondern es sind besonders die (Führungs-)Verantwortlichen im strategischen und operativen Tagesgeschäft, in den Bundes-, Länder- und Kommunalverwaltungen, auch die öffentliche IT, die dies in Zukunft stärker denn je erkennen und verinnerlichen müssen.

Föderale Strukturen und interne Prozesse, notwendige Kollaborationen auch und besonders an den Schnittstellen zur produzierenden Industrie im internationalen Wettbewerb müssen gesamtkonzeptionell modernisiert

werden, eine Frage nicht nur der Technik, sondern u. a. eine Frage von Haltung und Mut, den Modernisierungsweg auch mit neuen Denkmustern jenseits bisheriger “Trampelpfade” von Ressort- und Kästchendenke, inhaltlich, strukturell, auch mit kritischem und offenen Blick auf die Finanzverfassung von Bund und Ländern neu zu erschließen. Die demographischen Herausforderungen und die kommende Schuldenbremse machen das zusätzlich unausweichlich! Erste Brücken bilden sich jetzt u. a. zu Themen wie E-Health, Internet-Medizin oder in der intelligenten Energie- und Verkehrssteuerung, in denen das Internet der Dienste und der Dinge zunehmend auch für die öffentliche Verwaltung erkennbar und virulent wird.

Industrie und Wirtschaft als “traditionelle” Treiber von Verwaltungsmodernisierung

Dass sich treibende Entwicklungen aus der Industrie auf den öffentlichen Sektor auswirken sollen und müssen, ist kein neues Phänomen: Man erinnert sich an zurückliegende Modernisierungsschritte und -konzepte der öffentlichen Verwaltung, in und aus den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts, die sich durchaus auch in der Kopplung mit der damaligen dritten

Industriellen Revolution (Einsatz von Elektronik und IT zur weiteren Automatisierung der Produktion) betrachten lassen: z. B. das “Neue Steuerungsmodell” mit seiner Output-Orientierung, das “Neue kommunale Finanzmanagement”, die an vielen Stellen begonnenen Bemühungen zur Entbürokratisierung pp. Unabhängig davon, wie wirklich erfolgreich diese Reformbemühungen waren, sie haben die stärker ergebnisorientierte und messbare öffentliche Dienstleistung dem Grunde nach befördert. Sie fanden statt in einer Zeit, in der noch niemand die Worte “Demographie” oder “Schuldenbremse” in den Mund nahm, sie fanden statt in einer Zeit vor dem Mauerfall, in dem wir alle quasi im “Westlichen Naturpark” lebten, ohne wirklichen Konkurrenzdruck aus einem ab 1989 sich dynamisch entwickelnden Osteuropa und der mittlerweile hoch boomenden Asienstaaten.

Notwendiges intelligentes Gesamtkonzept als “Digitale Agenda 2020”

Heute, am Beginn der vierten industriellen Revolution, ist die Gemengelage für Industrie und öffentliche Verwaltung dramatisch und erheblich gegenseitig fordernder: Der Verlust von großen Know-how-Potenzialen in der öffentlichen Verwaltung

durch anstehende Pensionierungen, die Überschuldung vieler öffentlicher Haushalte, die riesigen Wirtschaftspotenziale in Asien pp. machen neue gemeinsame Wege für den Standort Deutschland zwingend, sie sind für unser aller Wohlstand alternativlos.

Es muss in der Digitalen Agenda 2020 (endlich) gelingen, Verwaltungsmodernisierung über vertikale und horizontale Grenzen und Befindlichkeiten hinaus zu organisieren und im Gesamtdesign, spürbar für den Produktionsstandort Deutschland, auch aus dem Fokus der Industrie und gerade auch mit den Möglichkeiten und Chancen des Internets der Dienste und der Dinge dauerhaft zu betreiben. Es sollte in Zukunft nie mehr vorkommen, dass die von der Zeitung “Die Welt” 2013 zum Thema Bürokratie bzw. Absenkung des Verwaltungsaufwandes befragten 935 Mittelständler ausnahmslos alle 935 diese Frage komplett verneinten und eher von steigenden Lasten berichteten.

Eine Dachmarke, wie die korrespondierende Verwaltung 4.0, kann die gegenseitigen Potenziale und Verflechtungen von Wirtschaft und Verwaltung für den Standort Deutschland sichtbar und gestaltbar machen – sie soll zur Verbindung und zur Weiterentwicklung einladen, zu einem: Deutschland 4.0 – weil es darum geht: Industrie-Verwaltung-Standort-Wohlstand.

**Wilfried Kruse und Frank Hogrebe sind Geschäftsführer von “IVM2” – Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung GmbH.*